

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

13.4.1932 (No. 86)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher
Redakteur
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. W. M. H.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen anderer Art. — Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abnahme von 100 Exemplaren wird die Abnahme von 100 Exemplaren in eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Verschiebungen in den Wahlziffern Hindenburg in 21 Wahlkreisen in absoluter Mehrheit

Die Beteiligung am zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl bleibt mit rund 36 500 000 gültigen Stimmen oder 83,1 Proz. der Wahlberechtigten gegenüber dem ersten Wahlgang, an dem 86,2 Proz. der Wahlberechtigten gültige Stimmzettel abgaben, um rund 1 400 000 Stimmen zurück. Der Niedergang erfolgte fast ausschließlich zu Lasten des kommunistischen Kandidaten, der 1 277 000 Stimmen, und zwar in sämtlichen Wahlkreisen, verlor. Im ersten Wahlgang entfielen auf Hindenburg 13,2 Proz., im zweiten Wahlgang dagegen nur 10,2 Proz. der gültigen Stimmen.

Die Hindenburg-Stimmen erfuhren einen Zuwachs von 710 000 und die Hitler-Stimmen einen solchen von 2 078 000 Stimmen. Diese Stimmgewinne Hitlers entstammen zum großen Teil den 2 558 000 Duesterberg-Wählern des ersten Wahlganges, von denen sich etwa ein Viertel für Hindenburg und drei Viertel für Hitler entschieden haben dürften. Andererseits geht in einigen, namentlich süddeutschen Wahlkreisen wie in Franken und der Pfalz und Baden, wie aber auch in den Wahlkreisen Dresden-Bautzen, Chemnitz, Südhannover und Düsseldorf-Ost, der Stimmgewinn Hitlers über die Duesterberg-Stimmen des ersten Wahlganges erheblich hinaus, so daß sich der Schluß andrängt, daß Hitler auch aus anderen Lagern — möglicherweise auch stark aus dem kommunistischen Lager — Stimmen zu sich herüberziehen konnte.

Von der Gesamtzahl der gültigen Stimmen hat Hindenburg diesmal 53,0 Proz. (gegen 49,6 Proz.), und Hitler 36,8 Proz. (gegen 30,1 Proz.) auf sich vereinigt. Hindenburg hat also nicht nur die relative, sondern auch die absolute Mehrheit erreicht, während sich auf der anderen Seite der Vorprung Hindenburgs vor Hitler von 7,3 Millionen auf 5,9 Millionen verringerte.

In nicht weniger als 21 von den 35 Wahlkreisen — 4 mehr als im ersten Wahlgang — haben mehr als die Hälfte der Wähler für Hindenburg gestimmt. Die süddeutschen und westdeutschen Wahlkreise haben ihre schon im ersten Wahlgang hohen Stimmziffern weiterhin erhöht. So z. B. in Niederbayern auf 72,2 Proz., in Oberbayern-Schwaben auf 69,2 Proz., in Köln-Aachen auf 68,4 Proz., in Koblenz-Trier auf 65,4 Proz., in Westfalen-Nord auf 63,8 Proz., in Württemberg auf 63,2 Proz. Hindenburg-Mehrheiten weisen im Unterschied vom ersten Wahlgang die Wahlkreise Breslau, Liegnitz, Südhannover-Braunschweig und Hessen-Nassau auf. In Ostpreußen ist Hindenburg der Mehrheit der abgegebenen Stimmen diesmal mit 48,5 Proz. sehr nahe gekommen, ebenso in Potsdam II mit 49,8 Proz., in Magdeburg mit 49,8 Proz., in Düsseldorf-Ost mit 48,8 Proz. und Mecklenburg mit 49,0 Proz. der abgegebenen Stimmen.

Hitlers Zuwachs ist besonders groß in Wahlkreisen mit starker deutschnationaler Wählerkraft. Nur in einem Wahlkreis, in Pommern, erhielt Hitler mit 52,6 Proz. mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, während er in den Wahlkreisen Thüringen mit 44,3 Proz., Schleswig-Holstein mit 48,9 Proz., Südhannover mit 48,5 Proz. und Chemnitz-Bautzen mit 47,2 Proz. (der abgegebenen Stimmen) mehr Stimmen als Hindenburg auf sich vereinigen konnte. Allerdings übersteigen die Hindenburg-Stimmen nicht selten die Hitlers um das Doppelte bis Dreifache.

Dank des Reichspräsidenten an die Hindenburg-Ausschüsse

Der Herr Reichspräsident empfing am Dienstag den Arbeitsausschuß der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landrat a. D. Dr. Gerke, Graf von Westarp und Generalmajor a. D. von Winterfeldt, sowie Staatssekretär z. D. Kempner, und sprach ihnen seinen Dank für die bei Durchführung der Wahl des Reichspräsidenten für ihn geleistete große Mithewaltung aus. Ferner empfing der Reichspräsident Oberbürgermeister Dr. Sahn und sprach auch ihm seinen Dank für die bei der Vorbereitung der Kandidatur und der Wahl Hindenburgs geleisteten Dienste aus.

Aus dem Inland und Ausland sind außerordentlich zahlreiche Glückwünsche eingelaufen. U. a. hat auch der Bundespräsident des Reichsbanners an Hindenburg ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

Der Völkerverbund beriet am Dienstagnachmittag in außerordentlicher Sitzung über die Finanzlage Österreichs, Bulgariens, Ungarns und Griechenlands. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der der Völkerverbund eine gemeinsame Prüfung der Frage einer planmäßigen Finanzaktion durch England, Frankreich, Deutschland und Italien vorschlägt.

Letzte Nachrichten

Stalien auf der Abrüstungskonferenz Grandi fordert qualitative Abrüstung

WTB. Genf, 13. April. (Tel.) Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wandte sich heute Außenminister Grandi gegen die geistigen Ausführungen Tardieu und erklärte, Italien fordere die gleichzeitige und vollständige Abschaffung aller Waffen, die für die Angriffsfähigkeit eines Staates entscheidend seien. Italien fordere progressive Abschaffung der schweren Artillerie und der Tanks.

Jeder Staat müsse von dem Beginn des Inkrafttretens der Abrüstungskonvention an jährlich einen bestimmten Prozentsatz der Gesamttonnage seiner Minenschniffe, Flugzeugträger und U-Boote zerstören. Weiter verlangte Grandi progressive Abschaffung der Bombengeschwader und sofortige Zerstörung aller Waffen, die dem Gaskrieg und dem bakteriologischen Krieg dienen. Grandi betonte mit Nachdruck, daß diese qualitative Abrüstung nur ein System sei, das durch andere Maßnahmen ergänzt werden müsse. Er erklärte ausdrücklich, das Ziel der Abrüstungskonferenz sei die Herabsetzung und nicht die Begrenzung der Rüstungen.

Gewerkschaftskongress in Berlin

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

WTB. Berlin, 13. April. (Tel.) Der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete am Mittwoch im Reichstag einen außerordentlichen Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zur Verhandlung der Arbeitsbeschaffungsfrage.

Der Kongress war mit großer Spannung erwartet worden, da der Reichskanzler die Wichtigkeit, selbst bei dieser Gelegenheit das Wort zu nehmen und die Pläne der Reichsregierung zu entwickeln. In Beginn des Kongresses wurde aber bekannt, daß Dr. Brüning im letzten Augenblick abgesehen hat und daß statt seiner Reichsarbeitsminister Stegerwald auf dem Kongress das Wort nehmen werde.

Der Bundesvorsitzende, Reipart, erklärte, daß die Öffentlichkeit allmählich gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache eines Arbeitslosenheeres von sechs Millionen abgestumpft sei. Der Bundesauschuß sei in seinen Beratungen zu dem Entschluß gekommen, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstünden, wenn Reich, Länder, Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirkten. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne müßten unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen führen. Nichts sei trotz wiederholter dringender Mahnungen geschehen, um durch systematische gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Noch immer wird regulär über 48 Stunden gearbeitet, noch immer nehmen Leute mit Pensionen anderen Arbeitsplätze weg, auch sei kein ernsthafter Versuch unternommen worden, die Frage des Doppelverdienens zu lösen. Obwohl die zwangsweise Senkung der Preise mit der Senkung der Löhne nicht Schritt gehalten habe, hätten die Arbeitgeber zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchzusetzen. Kann Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weber wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet? Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen dürfe daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Finanzmaßnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben.

Das Hauptreferat über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung hielt dann der stellvertretende Vorsitzende, Wilhelm Egert, der das vom Bundesauschuß vorgeschlagene Arbeitsbeschaffungsprogramm begründete. Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund zwei Milliarden Reichsmark erforderlich wären. Zur Finanzierung müßten die öffentlichen Haushalte, Steuermittel, Ersparnisse der Reichsanstalt und endlich eine vollständige Arbeitsbeschaffungsanleihe herangezogen werden. Der Kongress erhebe die Forderung, daß unter Führung der Reichsregierung die Zusammenarbeit mit den Vertretern der in Frage kommenden Körperschaften die Arbeitsbeschaffung geregelt werde.

Die Vulkanaktivität in den Anden

Der Aschenregen in Argentinien

WTB. Buenos Aires, 13. April. (Tel.) Der Aschenregen über der Stadt hat aufgehört, jedoch herrscht dichter Nebel. In Mendoza ist die Temperatur ungewöhnlich niedrig. Aus Malargue verlautet, daß die Luft stark mit Schwefelstäuben erfüllt ist. Röllige Wolken bedecken den Himmel. Professor Navarro in Buenos Aires sagte, die Asche, die seit 36 Stunden zu Boden falle, setze sich hauptsächlich aus unlöslichen Kalziumsulfaten zusammen, die für die Vegetation zwar unschädlich seien, die aber die Schleimhäute reizten. Wenn der Aschenregen andauere und die Asche auf die Weiden zu liegen komme, dann würde das Vieh kein Frischfutter mehr zu sich nehmen.

Verschiebung der Abreise des Reichskanzlers. Reichskanzler Brüning hat, wie wir erfahren, seine ursprüngliche Absicht, heute, Mittwoch abends, nach Genf abzureisen, aufgegeben. Der Kanzler wird die Reise morgen, Donnerstag, antreten; der genaue Zeitpunkt der Abreise steht noch nicht fest.

* Frankreich der Hemmschuh

Ende der vorigen Woche hat in Rom der faschistische Große Rat unter dem Vorsitz Mussolinis getagt. Die Beschlüsse, die dieser Rat faßt, sind natürlich jeweils nichts anderes, als offizielle Bekräftigungen der Politik Mussolinis. Ihnen ist also politisch die höchste Bedeutung beizumessen. Sie sind für ganz Italien richtunggebend.

Was der Große Rat der Faschisten am letzten Samstag beschlossen hat, verdient diesmal ganz besondere Beachtung, weil seine Beschlüsse ein umfassendes, außenpolitisches Programm darstellen, und weil in diesem Programm rückhaltlos das ausgesprochen wird, was jeder vernünftige Politiker unserer Tage fühlt und denkt.

Der Große Rat der Faschisten verlangt: Streichung der Reparationen und aller übrigen Kriegsschulden, Beseitigung der Hemmnisse des internationalen Warenverkehrs, Revision der Friedensverträge, die auch heute noch die Völker beunruhigen und den Keim neuer Kriege in sich tragen, schleunige Regelung des Donauproblems. In der Abrüstungsfrage will Italien bis zum Schluß darauf bestehen, daß eine wirkliche Abrüstung auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationen zustandekommt.

Von den vielen internationalen Konferenzen hält der Große Rat der Faschisten nichts. Man solle auf diese Konferenzen verzichten, da sie die neuen Hoffnungen, die sie anfangs zu erwecken vermochten, doch nur enttäuschten und so die Reibungsflächen vergrößerten. Die Frage der Stellung Italiens zum Völkerverbund soll in der kommenden Oktober-Sitzung einer Prüfung unterzogen werden.

Aus allen diesen Beschlüssen und Kundgebungen spricht die große Unzufriedenheit, die man in Italien empfindet. Besonders scharfe Kritik läßt man an dem Völkerverbund und seiner Unfähigkeit, zu praktischen Ergebnissen zu gelangen; und ebenso entriestet ist man über den resultatlosen Verlauf der Londoner Donau-Konferenz.

Die internationale Höflichkeit verbietet es, daß der faschistische Große Rat, der ja als verfassungsmäßige Institution ersten Ranges ganz bestimmte Rücksichten zu nehmen hat, in diesen Beschlüssen denjenigen Staat namhaft macht, dessen ganze Politik letztlich an der Unfruchtbarkeit der internationalen Zusammenarbeit der letzten Zeit schuld ist. Aber jeder Kundige weiß natürlich, daß es die französische Politik ist, durch welche die Kritik Italiens in den hauptsächlichsten Punkten erklärt wird. Und das Auftreten Tardieus in Genf gibt dieser Kritik neue Nahrung. Von neuem zeigt es sich, daß Frankreich an allen Ecken und Enden der Hemmschuh einer gesunden und vernünftigen Entwicklung ist.

Paris lehnt bekanntlich gleichermaßen die italienischen Forderungen ab, mögen sich diese nun auf das Schuldenproblem oder auf die Zollpolitik oder auf die Revision der Friedensverträge oder auf die Abrüstungsfrage beziehen. Was diese letzte Frage anlangt, so verbeißt sich Tardieu mit der ganzen, an ihm gewohnten Hartnäckigkeit auf den bekannten französischen Vorschlag der Einrichtung einer internationalen Streitmacht des Völkerverbunds. Der gestrige Tag stand in Genf ganz und gar im Zeichen dieser Aktionslust Tardieus.

Nachdem er am Tage zuvor die französischen Vorschläge als das beste Mittel zur Verwirklichung aller Wünsche nach „Sicherheit“ gepriesen hatte, polemisierte er gestern, daheim unterstützt von dem Chorus der französischen Presse, gegen die amerikanischen Anträge auf Abschaffung der Hauptangriffswaffen. Bei dieser Polemik hat Herr Tardieu allerdings ganz das eine übersehen, nämlich, daß die Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags von Versailles gerade die Abschaffung der Hauptangriffswaffen von Deutschland fordern, daß also diese Abschaffung doch eigentlich nicht so töricht und unüberlegt sein kann, wenn sie hier von den Siegern des Weltkrieges dem Unterlegenen aufoktroviert wurde. Die Väter des Friedensvertrags von Versailles müssen sich doch wohl von der Abschaffung dieser Hauptangriffswaffen sehr viel versprochen haben; sonst würden sie das besiegte Deutschland nicht dazu verurteilt haben.

Und an sich ist die Schlussfolgerung prinzipiell ja auch ganz richtig. Je stärker die Angriffswaffen, um so größer der Reiz zum Angriff selbst. Abrüstung ist jedenfalls nur denkbar, wenn man die Angriffswaffen vermindert und verkleinert. Und das will der amerikanische

Antrag. Es ist bezeichnend, daß jetzt der französische Ministerpräsident sich mit der größten Leidenschaftlichkeit gegen diesen Antrag wendet. Frankreich will eben nicht abrücken. Und, da es immerhin eine Beurteilung durch die öffentliche Meinung nicht gerne sehen würde, will es seine gigantische Rüstung sozusagen legaliter dadurch aufrechterhalten, daß es ein Völkerbundsheer errichten läßt, in welchem dann natürlich Frankreich mit seinen ungeheuren militärischen Mitteln die Hauptrolle spielen würde. Politisch und militärisch könnte dann der Völkerbund dazu ausgenutzt werden, um die französische Kontinentalhegemonie weiterhin zu befestigen und den französischen Einfluß womöglich noch darüber hinaus auf alle diejenigen Staaten auszudehnen, die Mitglieder des Völkerbunds sind.

Daß die übrigen Mächte die Absichten der französischen Politik durchschauen und den Vorschlag Lardies ablehnen, läßt sich begreifen. Aber vorwärts kommt man mit alledem nicht. Auch in Genf wird Frankreich wieder das einzige, wahre Hindernis für eine vernünftige Lösung des Abrüstungsproblems sein.

Das Fernsprechwesen in den europäischen Ländern

Das Fernsprechwesen hat sich in den verschiedenen Ländern Europas keineswegs gleichmäßig entwickelt. Hierzu tragen zum Teil wohl auch die verschiedenen hohen Fernsprestarife bei. Aber es muß andererseits beachtet werden, daß natürlich die Tarife ihrerseits um so leichter gesenkt werden können, je dichter das Fernsprechnetze und je stärker die Benutzung des Fernsprechers ist. Diese letztere aber hängt wiederum sehr wesentlich von der Bevölkerungsdichte ab. In den dünn besiedelten Ländern, vor allem im Osten und Norden Europas, ist die Zahl der Fernsprechstellen, die auf einen Quadratkilometer Fläche entfallen, sehr gering, im Vergleich zu den dicht besiedelten Gebieten Belgien, England, Niederlande und Deutschland. Auch in Dänemark und in der verkehrsreichen Schweiz sind die Fernsprechstellen, die auf jeden Quadratkilometer Fläche kommen, verhältnismäßig zahlreich.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man den Ausbau und die Benutzung der Fernsprecheinrichtungen in den verschiedenen Ländern im Verhältnis zur Bevölkerungszahl betrachtet. Dann zeigt sich nämlich, daß in den drei skandinavischen Ländern Dänemark, Schweden und Norwegen der Fernsprechverkehr weitaus am stärksten ist, und zwar sowohl nach der Zahl der Sprechstellen als auch nach der Zahl der geführten Gespräche. Es entfällt nämlich in Dänemark auf je 10 Einwohner eine Sprechstelle, in Schweden auf je 12 Einwohner, in Norwegen auf je 15 Einwohner. Dagegen kommt je eine Sprechstelle in Deutschland erst auf 20 Einwohner, in England auf 23 Einwohner, in Frankreich auf 35 Einwohner, in der Tschechoslowakei auf 100 Einwohner und in Polen auf 144 Einwohner. Ebenso weicht auch die Zahl der auf jeden Einwohner entfallenden Gespräche in den einzelnen Ländern sehr stark voneinander ab. In Dänemark führte jeder Einwohner im Jahr 1931 durchschnittlich 150, in Schweden 130, in Norwegen 98 Gespräche. Eine so eifrige Fernsprechaktivität wie in den skandinavischen Ländern wird aber in keinem anderen Lande Europas ausgeübt. In Deutschland kommen auf jeden Einwohner nur 40, in Frankreich 20 und in der Tschechoslowakei 17 Gespräche.

Wesentlich anders gestaltet sich das Bild, wenn man die Ausnutzung der vorhandenen Fernsprechstellen feststellt, denn diese ist naturgemäß in den Ländern mit einer geringen Zahl von Fernsprechstellen größer als dort, wo das Fernsprechnetze sehr dicht ist. So entfallen zum Beispiel in Polen auf jede Fernsprechstelle jährlich 3900, in Bulgarien 3270 Gespräche. Dagegen kommen in Skandinavien etwa 1400 bis 1500 Gespräche auf jede Sprechstelle, in Deutschland und England sogar nur 700 bis 800. In diesen Ländern ist also der Fernsprechbedarf der Bevölkerung verhältnismäßig am besten befriedigt.

Neuartiger Bauhilfsverein

In Jodgrin (Pfalz) wurde ein Bauhilfsverein gegründet, dem eine Reihe von Bauhilfsvereinen beigetreten ist. Der Verband erstreckt die Errichtung von Eigenheimen auf dem billigsten Wege an. Es werden Typenhäuser nach den Plänen von Dr.-Ing. Ludwig erstellt. (Sie werden auch bekanntlich in Karlsruhe in einer Ausstellung gezeigt), wobei die Kosten für Planfertigung, Genehmigung usw. in Wegfall kommen. Der Verein besteht aus tätigen und unterstützenden Mitgliedern. Das tätige Mitglied zahlt einen monatlichen Beitrag von 2 M und verpflichtet sich, mindestens 750 Arbeitsstunden an seinem Eigenheim und weiteren 500 Stunden an anderen zu errichtenden Häusern zu leisten. Die Arbeitsstunden können auch von Familienangehörigen oder Verwandten geleistet werden. Die Verrechnung der Arbeitsstunden erfolgt durch Umrückung der im Bauwesen festgelegten Akkordsätze. Das unterstützende Mitglied stellt dem Verein 250 M auf 10 Jahre zinslos zur Verfügung und erhält dafür eine Stimme bei allen Sitzungen. Die Gemeindeparität hat sich bereit erklärt, soweit möglich, die zu errichtenden Eigenheime zu finanzieren. Die Ziegelwerke Ludwig stellen verbilligte Baustoffe zur Verfügung.

Kurze Nachrichten

Strafantrag Gitters gegen Braun. Die Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP teilt mit, daß Gitter gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Berliner „Vorwärts“ Strafantrag gestellt und Privatklage erhoben habe, wegen der Behauptung, Gitter und seine Partei verfolgten landesverräterische Absichten.

Die 16. Internationale Arbeitskonferenz wurde in Genf am 13. April, vormittags, eröffnet.

Die Stadtverordnetenversammlung in Saarbrücken hat am Dienstag einstimmig gegen zwei Notverordnungen der Regierungskommission protestiert. Der Einspruch wird damit begründet, daß durch diese Notverordnungen die Selbstverwaltung der Gemeinden aufs schärfste eingeschränkt werde.

Die deutsche Sprache in Südwest. Die südafrikanische Regierung hat zugesagt, für das Mandatsgebiet Südwestafrika die deutsche Sprache als dritte Amtssprache anzuerkennen und die Einbürgerungsfrist von fünf auf zwei Jahre herabzusetzen.

Das Defizit im amerikanischen Staatshaushalt erreichte am 9. April nahezu zwei Milliarden Dollar. Präsident Hoover teilte mit, daß durch eine Reorganisation des amerikanischen Verwaltungsapparates wenigstens 200 Millionen Dollar jährlich eingespart werden sollen.

Die Länderwahlen

19 Landeswahlvorschläge in Preußen

DDJ, Berlin, 19. April. (Tel.) Beim preussischen Landeswahlrecht sind insgesamt 20 Landeswahlvorschläge eingegangen, von denen nur einer zurückgewiesen wurde, weil er den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprach, nämlich der Vorschlag einer Deutschen Steuerzahlerpartei. 19 Landeswahlvorschläge wurden amtlich zugelassen, und zwar in folgender Reihenfolge:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Deutschnationale Volkspartei, Preussische Zentrumspartei, Kommunistische Partei Deutschlands, Deutsche Volkspartei, Nationale Front Deutscher Stände (Wirtschaftspartei, Landvolk und Junge Rechte), Deutsche Staatspartei, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Deutschhannoversche Partei, Christlich-sozialer Volksdienst, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Ferner ein Wahlvorschlag mit der Bezeichnung „Höchstehalt der Beamten 5000 RM, für die Arbeitslosen“, weiter ein Wahlvorschlag „Radikale Partei“ (Bewegung für gesetzliche Geburtenregelung und Wohlstand), früher Radikale Deutsche Staatspartei, „Nationale Minderheiten in Deutschland“, Partei der Erwerbslosen „für Arbeit und Brot“, Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft (idealistische Bewegung Deutschlands), Deutsche Volksgemeinschaft (völkisch-revolutionäre Wirtschaftsbewegung), Nationale Opposition der vereinigten Reichsbankgläubiger und Markgeschädigten, Menschheitspartei.

In Preußen hat sich eine neue Partei, die sogenannten Nationale Front Deutscher Stände gebildet. Sie faßt die Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und die sogenannten „Junge Rechte“ zusammen.

Die preussische Zentrumspartei hat einen Aufruf erlassen, der auf die Bedeutung des 24. April für Preußen hinweist und betont: Die Reichspolitik darf im entscheidenden Augenblick nicht von Preußen her zerstückt werden. Die Oberherren der Dörfer Preußens haben an die katholischen Christen eine Mahnung gerichtet, nur Abgeordnete zu wählen, die für den Schutz der konfessionellen Schulen, der christlichen Religion und der katholischen Kirche eintreten.

In einer stürmisch verlaufenen Wahlversammlung in Breslau erklärte der Führer der D.Vp., Dingeldey: Wer den Marxismus überwinden wolle, müsse Bundesgenossen finden. Diese Einsicht müsse sich auch bei der NSDAP durchsetzen.

Heimkehr des „Graf Zeppelin“

DDJ, Friedrichshafen, 13. April. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erchien, von seiner zweiten diesjährigen Südamerikafahrt zurückkehrend, um 8.11 Uhr über dem Wertgelände. Um 8.22 Uhr war die Landung glatt vollzogen. An Bord des Luftschiffes befanden sich elf Passagiere. Trotz teilweise sehr starken Gegenwindes hat das Luftschiff nur 100 Stunden für die Rückfahrt von Pernambuco nach Friedrichshafen benötigt.

Das Luftschiff überflog Dienstagabend um 11.15 Uhr Bormung in Richtung Dijon, heute 5.30 Uhr morgens Belfort, um 6.55 Basel. Das Luftschiff kam nur sehr langsam vorwärts, da das starke Schneetreiben die Sicht außerordentlich erschwerte.

Kleine Chronik

In München wurde der stellv. Direktor einer Münchener Großbank, Karl M. Schuhmann, wegen Erpressung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte im November v. J. an einen jüdischen Professor einen Brief gerichtet, in dem er 15 000 RM für Bedürftige verlangte. Unterschrieben war der Erpresserbrief mit „Terrorgruppe 5, Sektion Schwabing der NSDAP“. Zu gleicher Zeit erhielt eine Frau, eine Kundin der gleichen Bank, einen Erpresserbrief, unterschrieben „KPD“, in dem 5000 RM verlangt wurden.

In der Infanterieregiment in Würzburg wurde ein Reichswehrsoldat, der zu spät zurückkehrte und deshalb den Weg über den Zaun des Kasernehofes wählte, von Posten angerufen und, da er auf den Aufruf nicht antwortete, erschossen.

In Oberaltendorf bei Kiel (Pfalz) erlösch Montagabend der 36 Jahre alte Schmiedemeister Eugen Theobald seine 34-jährige Frau, Mutter von fünf Kindern, und verlegte sich selbst tödlich. Die Tat beging er mit einem Militärkarabiner. Er zeigte seit kurzem Spuren von Trübsinn.

Am Landestheater in Göttingen kam es Dienstagabend bei der Aufführung von „Nur ein Mann“ von Kurt Hiller zu einer Zwischenstunde. Mehrere Theaterbesucher warfen Stinkbomben, kreuzten Nuschel und ließen weiße Mäuse los. Es erfolgte die Festnahme mehrerer Personen, die dem Vernehmen nach Anhänger der NSDAP sein sollen. Die Vorstellung konnte bis zum Ende durchgeführt werden.

Das Schwurgericht Plauen im Vogtland verurteilte einen 27 Jahre alten Handlungsgehilfen wegen Lustmordes an einem dreizehnjährigen Schulmädchen zum Tode.

In Wien wurde am Dienstag der Universitätsprofessor Dr. Alexander auf offener Straße von einem Schneidergehilfen durch drei Schüsse getötet. Der Täter erklärte, Prof. Alexander habe seinerzeit seine Sattelnase so ungeschickt operiert, daß er wegen seiner Hässlichkeit keine Stellung habe finden können. Da sein Schadenersatzanspruch nicht anerkannt worden sei, habe er schon 1910 ein Attentat verübt. Er war inzwischen zweimal im Irrenhause und litt unter der Wahnsinnigkeit, von Alexander verfolgt zu werden.

Ein Eisenbahnzug, der eine japanische Truppenabteilung beförderte, wurde 17 Kilometer östlich von Chabin durch eine Explosion zum Entgleiten gebracht und stürzte in eine Schlucht. 11 Offiziere und Mannschaften wurden getötet, 19 schwer und 74 leicht verletzt.

Auszeichnung für Geheimrat Krehl. Geheimrat Professor Dr. Krehl in Heidelberg ist zum Ehrenbürger Wiesbadens ernannt worden, wegen seiner Verdienste um die Kurstadt in seiner Eigenschaft als langjähriger Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des „Forschungsinstituts für Bäderkunde und Stoffwechsel“ und wegen seiner weiteren Verdienste um den für Wiesbaden so bedeutungsvollen Kongress für innere Medizin, der zur Zeit dort tagt. Die Verleihung der Ernennung ist durch Oberbürgermeister Krüde am Sonntag erfolgt bei der akademischen Feier des 50-jährigen Jubiläums der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin. Geheimrat Krehl ist auch Ehrenbürger der Stadt Heidelberg.

Ehrendoctor eines deutschen Mediziners. Der hervorragende deutsche Tropenarzt, Prof. Dr. med. Ernst Rodewaldt, früher Dozent der Hygiene und Bakteriologie an der Heidelberger Universität, dann vier Jahre lang als oberster Medizinalbeamter von Ost-Java tätig, wurde jetzt zum Direktor des Central Geneeskundig Laboratoriums in Batavia ernannt. Die Ernennung ist um so bedeutungsvoller, als die Leitung dieser althergebrachten Forschungsstätte ihm als einem Ausländer übertragen wurde.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Wohnungsfürsorge, Polizeietat und staatliche Bäder im Haushaltsauschuss

Der Haushaltsauschuss legte am Dienstag seine Beratungen beim Vorschlagskapitel Wohnungsfürsorge fort.

Die Einnahmen und Ausgaben betragen 8,5 Millionen, gegen bisher 20,6 Millionen. Von den genehmigten 42 Millionen Anleihen im vergangenen Jahr konnten 25 Millionen langfristig, 9,8 Millionen kurzfristig, 7,2 Millionen überhaupt nicht untergebracht werden. Im Interesse des Neubaubestandes liegen eine Reihe von Gesuchen und Anträgen vor. Von den im Laufe der Zeit insgesamt ausgegebenen 265 Millionen Baudarlehen kommen 128 Millionen auf Anleihen, 65 Millionen auf Gebäudefondsteuer, 40 Millionen auf Rückflüsse. Eine Herabsetzung der Zinsen kann nach den Darlegungen des Berichterstatters Abg. Heid nur individuell erfolgen, ein Nachschlag des geliehenen Baudarlehens ist nicht möglich, jedoch eine Stundung. Auch die Arbeitgeberdarlehen des Staates können nicht annulliert werden. Die Wohnungsfürsorge verzeichnet ein Vermögen von 100 Millionen bei 52 Millionen Schulden, somit ein Reinerlösnis von 68 Millionen. Für die in der Inflation errichteten Neubauten kommt eine Verlängerung der Steuerfreiheit nicht in Frage, da sie vorteilhaft gebaut wurden. Für die nach 1924 errichteten Neubauten unter 150 Quadratmeter Wohnungen kommt Besteuerung noch nicht in Frage, für die jetzt schon steuerpflichtigen größeren Wohnungen hat das Finanzministerium die Berücksichtigung von Kartefällen in Aussicht genommen. Die Vorschläge des Badischen Städteverbandes wurden vom Berichterstatter als unannehmbar bezeichnet.

In der Aussprache unterhielt man sich eingehend über die Wohnungs- und Siedlungsprobleme. Dabei wurde erklärt, daß wir in Baden genügend Land besitzen, um Erwerbslose anzusiedeln. Von 80 000 Dektar sind erst 10 bis 15 000 Dektar mit Hilfe des Staates urbar gemacht. Die Abwanderung von Bauernhöfen nach der Stadt soll eingedämmt werden.

Der Innenminister stellte fest, daß am Vorschlag nicht viel geändert werden kann. Es sei eine Abwanderung aus den schönen Neubaubeständen nach den billigeren Altbauwohnungen zu vermeiden, als Folge des Lohn- und Gehaltsabbaues. Aus Gebäudefondsteuermitteln können nur ganz geringe Mittel für den Wohnungsausbau zur Verfügung gestellt werden. Nur in Einzelfällen wird eventuell eine Stundung von Zinsen und Tilgungsquoten auf ein oder zwei Jahre möglich sein. Die Absichten des Ministeriums hinsichtlich der Siedlung auf dem Lande sind aus den Widersprüchen des Reichskommissars gezogen. Man muß sich mit den sogenannten Randfiedlungen in großen Städten behelfen. Für Ortsfiedlungen hat Baden 136 000 RM für 27 Siedler gegeben, das Reich dazu den dreifachen Beitrag. Diese Ortsfiedlung bedeutet eine Entlastung des preussischen Grundbesitzes aus öffentlichen Mitteln. Auf dem Wege der Rotstandsarbeiten soll der Versuch der Melioration bis zur Siedlungsmöglichkeit vorgetrieben werden. Dazu müßte man den Almendebell heranziehen.

Das Kapitel Wohnungsfürsorge wurde genehmigt. Abg. Kuhnmann berichtete über den Polizeietat und vertrat die Auffassung, daß im Hinblick auf die gespannte wirtschaftliche und vor allem politische Lage an diesen Ausgaben nichts mehr gestrichen werden könne, ohne die Schlagkraft der Polizei zu beeinträchtigen. Die Ausgaben für Polizei und Gendarmerie beziffert sich auf 18,6 Millionen gegen 21 Millionen bisher. Die Einnahmen auf 12,77 Millionen gegenüber 12,97 Millionen im vorigen Budgetzeitraum. Verschiedene Wünsche aus den Kreisen der Gendarmerie und der Polizei in personeller, dienstlicher und gehaltlicher Beziehung sollen von der Regierung wohlwollend geprüft werden.

Der Regierungsvorsteher führte aus, daß eine Schlechterstellung der badischen Polizeibeamten gegenüber denen anderer deutscher Länder nicht eingetreten sei. Man könne nur wünschen, daß das Reich den erhöhten Polizeiaufschlag für Baden als militärisches Grenzland weiterleiste.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses sprach der Polizei und ihrer Leitung für ihr energisches und besonnenes Verhalten in der jüngeren Vergangenheit Dank aus.

Der Minister des Innern hob die Schwierigkeiten hervor, welche namentlich bei den letzten Wahlen der Polizei im Gauverland, Oberrhein und an anderen Orten begegneten und die Entsendung britischer Polizei notwendig machten. Die Regierung werde unter allen Umständen und mit allen Mitteln jedem einzelnen die staatsbürgerlichen Freiheiten garantieren und alle staatlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit einleiten.

Das Kapitel wurde genehmigt, ebenso der Etat der Anstalt Kislau.

Dierzu erklärte der Minister, daß schon die Antikörper der staatlichen Verwaltung afizialer Elemente abschreckend gewirkt habe.

Längere Erörterungen knüpften sich an den staatlichen Bäderbetrieb, insbesondere in Baden-Baden. Die Regierung will den Jahresbetrieb in einen jahreszeitlichen Bäderbetrieb umwandeln, wobei die Stadtverwaltung und andere Kreise eine erhebliche Schädigung der Stadt befürchten. Der Minister, lehnt die Übertragung der staatlichen Bäder an eine private oder gemischtwirtschaftliche Gesellschaft ab. Er wünscht eine geeignete Zusammenarbeit von Staat und Stadt. Allmählich und ohne Härten sollen die Bäderbeamten in Saisonangestellte übergeführt werden, um den Betrieb zu verbilligen. Man müsse weit mehr auf Baden-Baden als Heilbad Wert legen angesichts der Schrumpfung der lurasfähigen Kreise.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Regierung im Falle Baden-Baden richtig handle. Eine Schließung des ganzjährigen Bäderbetriebs wäre eine Katastrophe für die Bäderstadt, die in den drei Wintermonaten 12 000 Fremde aufzuweisen hatte.

Aus der badischen Landwirtschaft

Eht Kaiserstuhl Frühkartoffeln. Für rund 30 Millionen Reichsmark Frühkartoffeln werden nach Deutschland eingeführt. Seit einer Reihe von Jahren wird nun versucht, durch Züchtung geeigneter Sorten die Einfuhr ausländischer Frühkartoffeln unnötig zu machen. Es ist jetzt gelungen, am Kaiserstuhl einen Frühkartoffelbau ins Leben zu rufen, dessen Ernte auf etwa 30 000 Zentner geschätzt wird. Diese Menge reicht zur Deckung des einheimischen Bedarfs noch nicht aus. Aber wenn der Bauer zum Anbau der Kaiserstühler Frühkartoffel übergehen soll, so muß er auch wissen, daß er seine Kartoffeln, die qualitativ durchaus an die sogenannte Marktartoffeln heranreichen, absetzen kann. Deshalb, Hausfrauen, verlangt Kaiserstühler Frühkartoffeln!

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 15

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 86

13. April 1932

Burgen-Dreieck

(Hornack-Gutenberg-Ehrenberg)

Von Fritz Schöber, Heilbronn

Am unteren Neckar. Württemberg und Baden kommen hier zusammen. Man merkt den Unterschied zwischen den beiden Ländern. Nicht nur an den Grenzpfählen, auch an der Mundart und an den Bahnhöfen und Wirtschaftshäusern. Gerüben im Württembergischen lautet der allgemeine Gruß: „Größ Gott“. Im Badischen heißt es überall: „Guten Tag“. Durch badisches Gebiet zieht sich eine Reihe von Siegesdenkmälern von 1870. Meist in rotem Sandstein. Die Banalität hoch zu Ross. Wenn ich damit die jetzigen Kriegsdenkmalen vergleiche — bei der erschütternd großen Zahl der Toten hat sie der kleinste Ort —, dann möchte ich unserer schlechtesten Zeit in ihrem monumentalen Ausdruck ganz entschieden den Vorzug geben vor den siegreichen siebziger Jahren. Ich meine sogar, daß danach in unserer traurigen Zeit starke Kräfte schlummern, die uns wieder aufwärts führen werden.

Weiter unten kleine Mädchen, die mit Nichtigkeiten an niedrigen Fenstern ganz reizende Puppentuben geschaffen haben. Unsere Jugend bleibt sich doch gleich. Wie falsch ist es, sie mit teurem Spielzeug vollzustopfen, das wegen seiner Beschaffenheit und des hohen Preises der Schonung bedarf und der Erfindungsgabe der Kinder kaum Raum gibt. Wie geschickt haben die Kinder die Büppchen, Bettchen und die gedeckten Tische selbst hergestellt aus Glascherben, Kartoffelstücken, Luchsegen. Müdliche Jugend! Neckarmühlbach hat aber auch das einfachste Kriegerdenkmal, das mir bisher zu Gesicht kam. Vor der Kapelle des Schlosses Gutenberg ein hohes Birkenkreuz, darauf eine einfache Tafel mit Inschrift. Ein mächtiger Kranz schlingt sich um das Kreuz, zu dem sich Epheu emporwindet. Und er, des mächtigen Schlosses Besitzer, der Sproß des alten Geschlechtes der Gemmingen-Gutenberg, erhebt sich täglich schon am ganz frühen Morgen, arbeitet selbst in seinen Weinbergen und gibt als Edelmann das gleich gute Beispiel wie jener benachbarte Tiefenbacher Bauer, der im Alter von etwa 75 Jahren mit seiner Frau, die kaum noch gehen kann, seine Wirtschaft trotz großen Weises unermüdet selbst versorgt.

Sinter der Kapelle haben die Gemmingen ein eigenes Friedhöflein angelegt. Es liegen dort bis jetzt drei Mitglieder der Familie und in respektvollem Abstand ein Förster mit seiner Frau und ein Rentamtmann aus ihren Diensten. Die Fülle der Ruhestätten am waldigen Berghang wurde leider dadurch gestört, daß ringsum Bäume gefällt worden sind, die sich kreuz und quer über die Gräber legten. Die Radnitz im nahen Heinsheim schlafen auch in eigenem Friedhof hinterm ehrwürdigen Kirchlein jetzt ruhiger als die Gemmingen. Das Renaissance-Grabdenkmal eines Gemmingen an der Kapellenwand ist nicht gut. Es beweist, daß durchaus nicht alles gelungen ist, was in den alten Stilarten erhalten blieb. Dafür zeigt das nahe, schon genannte Heinsheimer Kirchlein, ein überaus prächtiges Grabdenkmal eines Herrn von Ehrenberg. Sie liegt ganz nahe, die stattliche Burg Ehrenberg. In Heinsheim befindet sich das neuere Schloß derer von Radnitz unten beim Dorf. Beim genannten Grabmal zwischen den knieenden Eltern 5 Söhne und 3 Töchter unterm Kreuz. Die Söhne schauen nach vorn, die Töchter zur Seite. Mächtige Karyatiden fassen das Grabmal ein. Auch die Inschrift sei hierhergeschickt, da sie den frommen Geist einer Zeit atmet, die erst 350 Jahre hinter uns liegt, aber mit ihrem „deren Sel Got genat“ den Glauben an Gott und Unsterblichkeit stets laut bekennet:

Johann Heinrich von Ehrenberg genant war ich
Mit Dir hat Gott gegnet mich.
Fünff Söhn und drey Töchter uns geben
Von euch schend ich auß diesem Leben
Behütze Dich Gott und die Kinder mein
Die noch unerzogen Dir laß befohlen sein
Und er uns alle sein gnad thu bevehhen
Damit wir ihn ewig loben und preehen.

Dem Todt muß ich lassen sein gewalt
Ach Herr die Kinderlein Dein erhalt
Damit sie in Zucht und Ehr werden erzogen
Gott ehre preehen und allzeit loben
Obschon Dein Tod mein Herz zerbricht
Wie Du da bist gewest mein Zubericht
Und mich laßt hie im Glendt und betrübtten Staendt
So hoff ich wir kommen zusamen ins rechte Vater-
Als ich war dreißig und sieben Jahr alt [Land.
da nahm der Tod über mich gewaltt.
Anno 1384 am Mittag nach Sanct Johannes der
Laißer 26. Juni ist verschieden der Edle
Ernest Hanns Heinrich von Ehrenberg.
Margaretha von Ehrenberg
geborene Gäterin von Mespelbronn.

Die Gottesfurcht der Geschlechter auf Gutenberg und Ehrenberg beweisen die Kapellen, die mit diesen Schlössern verbunden sind. Sogar das neuere Schloß derer von

Radnitz hat ein Kirchlein angeschloßen, das heute noch protestantischem Gottesdienst dient, wie das von Gutenberg, während die reizvolle Kapelle von Ehrenberg leider als Scheune benützt wird und auf-Hornack die ehemalige Kirche der Deutschherren in einen höchst geschmackvollen Lesesaal umgewandelt worden ist. Unterm Parkettboden ruhen die Gebeine der einst mächtigen Deutschmeister und Comthure. Die Kurgäste ergeben sich sozusagen über einem Friedhof, wie übrigens auch die Gläubigen in vielen alten Kirchen. Die gotischen, reichen Grabdenkmale der Ordensritter schauten ernst auf den einstigen Kirchenraum. Sie wurden von einem Besitzer des Schlosses um viel Geld veräußert und nur gute Gipsabgüsse von hieren der einst regierenden Deutschherren grüßen unterm Schloßeingang den Besucher. „So vergeht die Herrlichkeit der Welt!“ Auch auf den Eingang in den Lesesaal sieht noch still und ernst die Grabplatte eines Deutschmeisters.

Der Neckar bildete hier einst die Grenze des Römerreiches. In der Mauer vor dem feinen Barocktor, das wirkungsvoll auf Schloß Hornack vorbereitet, sind zwei römische Skulpturen eingelassen. Der nahe Michaelsberg trägt ein altes idyllisches Kirchlein mit ummauertem Friedhof und angelehnt ist daran ein römischer Opferstein. Am stärksten mitgenommen wurden diese Burgen im Bauernkrieg. Gößens einstiger Sitz, die Burgrüne Hornberg, ist ganz nahe. Hier in Gundelsheim unterhandelte Götz von Berlichingen mit den Bauern, die zu ihrer Führung einen im Kriegshandwerk erfahrenen Mann suchten.

Alles Gebiet, das ehemaliger Deutschordensbesitz war, ist heute noch katholisch. Reichsstädtisches Gebiet des nahen Wimpfen und Heilbronn dagegen protestantisch. Man merkt es schon an den zahlreichen Kreuzen, welche das Land schmücken und an den Madonnen- und Heiligenfiguren, die Gundelsheims Häuser zieren, von den bedeutenden Schöpfungen des Komthurs Busck ganz abgesehen, wie sie der Heiligenaltar an der Straße vor dem Schloßgarten und die Kreuzigungsgruppe am Kalvarienberg darstellen.

Schloß Hornack ist heute ein weit und breit bekanntes, glänzend eingerichtetes Sanatorium. Sein großer Ruf gründet sich hauptsächlich auf die Behandlung innerer Krankheiten. Professor Schneid und Gerta Schröder, Talheim, haben eine Anzahl Zimmer mit Möbeln nach ihren Entwürfen besonders geschmackvoll ausgestattet. Mein Zimmer geht nach der Südseite. Ich kann nicht müde werden, von meinem Fenster auf die dicht mit Epheu bewachsenen Mauern und auf das liebliche Neckartal mit seinen Burgen hinunter zu sehen. Die Römer wurden von den Alemannen verdrängt. Diese mußten den Franken Platz machen. Schon damals Kampf unter den Germanen. Wimpfen mit den Resten seiner Höhenstaufenpalz grüßt herüber. Den Neckar hinab schwammen Schiffe mit Heilbronner Sandstein, der zum Bau des Kölner Doms verwendet wurde. Schloß Hornack wird der Sitz der Regierung des Deutschen Ordens. Kaiser, Könige und Fürsten steigen hier ab. Verheerend braust der Aufstand des blutigen Bauernkrieges durch dieses Tal. Hornack wird auch ein Opfer der damaligen Revolution. Das Schloß wird wieder instand gesetzt und bleibt bis zur Säkularisation Kommande des Deutschen Ordens, nach dessen Wappen unser Eisernes Kreuz gefornet worden ist. Cuius regio, eius religio. Laut erzählt es diese Gegend, wenn auch in kleinem Rahmen. Ist es jetzt nicht mehr das Bekenntnis, so sind es heute die Parteien, die uns auseinander reißen.

Deutschland ist ein gut Volk,
Aber es ist der Zwietracht kein Ende.

Der Seufzer Florian Geyer's in Gerhart Hauptmann's Drama. Aber in all deinem Streit und all deinem Zwiespalt liebe ich dich, du deutsches Land und werde dich preisen, solange ich noch atmen kann!

Literarische Neuerscheinungen

Karl Desselbacher: Der silberne Anhänger und andere Geschichten. 292 Seiten. Fein in Leinen gebunden mit farbigem Schlußumschlag. Preis 4,50 M. Quell-Verlag der Evang. Gesellschaft, Stuttgart. — Den Titel „Der silberne Anhänger“ nimmt das Buch von seiner ersten Geschichte, die von der Treue einer einfachen Dienstmagd handelt und in erschütternder Weise zur Lebensurkunde eines schlichten Menschen wird. Zwei andere Novellen „Am des Vaters willen“ und „Ihre Opfer“ handeln von der Entfugung, vom Aufgeben eigener Lebenspläne anderen nächst lebenden Menschen zuliebe. Ergreifend auch hier die Komposition, ebenso in der Erzählung „Was der Obermatthäuser gewonnen und verloren hat“, da Geld als der Faubertab der Welt an einem Vater zum Fluch wird. Der Gedanke der Überwindung, des Opfers und beider Sinnbedeutung liegen auch in den schönen, starken Erzählungen „Das Amulett“ und „Vor mir der Tag — hinter mir die Nacht“ eingeschlossen; letztere gerade zeigt, wie das Buch der Bücher das entscheidende Wort in einem Leben zu sprechen vermag. Und dann die Bilder: „Groß und klein im deutschen Haus!“ Kleine, Kabinettstücke gepflegter Erzählkunst mit weisem, pädagogischem Einschlag, ebenfalls der Wirklichkeit entnommen, nicht zuletzt der eigenen Jugend. Alles in allem, ein gutes, erzählendes Buch, dessen Sprache Gelingen ist für den, der beifällig zu lesen verheißt.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Erich Maria Remarque: Der Weg zurück. Roman. (Eos-Verlag, Berlin.) — Nach dem Roman „Im Westen nichts Neues“ schrieb Remarque diesen Roman der Heimkehr. Es ist der Weg der Frontsoldaten in die Heimat, in den Alltag, in eine fremdgewordene Welt. Vertraute Namen des ersten Buches tauchen auf und gewinnen im neuen Roman Gestalt. Um das Lehrgesamint einer deutschen Mittelstadt sammelt sich eine Gruppe junger Menschen, die der Krieg umgewandelt hat. Seltam, wie Remarque allgemein-gütig festlegt, was so viele für sich allein erlebt zu haben glauben. Es mußte nur einer kommen, dem es gegeben ist, auszusprechen, was sie gefühlt, was sie gelitten haben. Das andere wieder ganz anders fühlten, daß sie vielleicht noch mehr gelitten haben, darf jedoch nicht verschwiegen werden.

Zeitschriftenchau

Das Aprilheft der „Deutschen Rundschau“ (Verlag Berlin SW 68) bedeutet eine achtenswerte verlegerische Leistung. Es wird hier der Versuch gemacht, Einblicke in den Sinn unserer Epoche zu geben, wie sie bei gleicher Höhe des geistigen Niveaus selten zu finden sind. Die großen kulturhistorischen Perspektiven zeigen Eugen Diesel („Spenglers Irrweg — Anmerkungen zu dem Buch „Der Mensch und die Technik“), Hans Vogner („Das Ende der aufgeklärten Demokratie“) und Leo Sternberg („Regionale Kulturbewegung in Deutschland“). Aktuelle innenpolitische Probleme werden dargestellt von Wilhelm v. Kries („Politik ohne Adel“) und Hans Wedhammer („Aufstieg durch Siedlung“). Eine welpolitische Entwicklung schildert Heinz Penzlin („Innerasien als künftiger Faktor der Weltpolitik“). Daneben finden wir hervorragende literarische und kritische Beiträge von Ruth Schumann („Amei, Geschichten um eine Kindheit“), Hans Joachim Moser („Josef Kadon), Richard von Schantz („Wilhelm, Busck“) und Werner Fiedler („Film und Volk“). In diesem Heft beginnt schließlich eine neue Rubrik „Vor dem Schnellrichter“, in welcher durch eine Reihe prägnanter und aktueller Beiträge Streiflichter auf das kulturelle und politische Gegenwarts-geschehen gemorfen werden. — Die „Deutsche Rundschau“ ist parteipolitisch abgestempelt, aber sie steht im ganzen mehr rechts.

Belhagen & Klafings Monatshefte. Der überflüssige freie Unternehmer — ist er es wirklich? Geht er in Schuld und Schicksal seinem tragischen Ende entgegen? Ist für ihn und seine Arbeit in der neu sich bildenden Welt fernherhin kein Platz? Das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Geh. Rat Dr. F. Demuth kommt zu einer günstigen Antwort. In einer ebenso offenherzigen wie fest begründeten Unterredung, die Belhagen & Klafings Monatshefte in ihrem Aprilheft veröffentlicht, schreibt er abschließend: „Wenn die Wirtschaft ein halbes Menschenalter nach dem Weltkriege nicht in Ordnung gekommen ist, so ist das Schicksal, unentrichtbar, nicht Schuld von Menschen oder Systemen. Der freie Unternehmer hat in Deutschland als solcher nicht verjagt. Er hat Fehler gemacht, wie sie allem Menschlichen anhaften, vielfach aus Zwangsgründen, die ein Ausweichen nicht zuließen. Sein Kardinalfehler war, daß er immer wieder an die Zukunft geglaubt hat, er hatte keine andere Möglichkeit, er konnte vorwärts gehen oder in den Abgrund. Annäherung oder Reform der Wirtschaft? Das ist die letzte Frage. Was bliebe an Stelle des Unternehmers? Jüngstliche Standeswirtschaft oder sozialistisch-zentral gebundene Wirtschaft. Möglich, daß solche Organisation, wenn sie klug geleitet ist, von strikten Frei bleibt. Einen Aufstieg schneller Art, das lehrt uns Erfahrung und Einsicht, gibt es in Standes- und in zentral-gebundener Wirtschaft nicht. Soll man die heute noch vorhandene, zu geringe Menge Verantwortlicher weiter dividieren, um zu den ganz wenigen Drahtziehern der Planwirtschaft oder des Sozialismus zu flüchten? Wichtige Tendenzen führen in Deutschland von übersteigerten Großbetriebe zum Mittelbetriebe zurück. Erhebliche Teile des Bankwesens sind in Händen der Regierung. Schafft man aus ihnen Wirtelbanken, so wird man damit wahrscheinlich ein gutes Geschäft machen und die so notwendige Verteilung von Leistung, von Verantwortung herbeiführen. Auf solchen und ähnlichen Wegen könnte auch in der Industrie vieles zur Auseinanderlegung von Betrieben geschehen, die nicht unbedingt miteinander beknüpft sind. Eine Tragödie bräuhet nach unserem heutigen Empfinden nicht mit dem Tode zu enden, möge es sich bei dem bürgerlichen Schauspieler des Unternehmers, das wir erleben, um eine solche Tragödie handeln, die nach Verstrickung und Sühne die Aussicht auf neues Werden in dem Betrachter entstehen läßt.“

Im Kunstwart-Aprilheft untersucht Werner Bicht „Die Friedensidee in den Händen der Pazifisten“ auf ihre psychologischen und geistigen Grundlagen hin mit einem für die oberflächliche rationalistische pazifistische Denkweise nicht gerade erfreulichen Ergebnis. Brichtus gibt einen klaren Überblick über die unheilvollen Verstrickungen der „Internationalen politischen Versöhnung“, um ein deutliches Bild des Weges der deutschen Reparationszahlungen zu entwerfen. Das russische bolschewistische Problem in bezug auf Europa bildet das Thema des in diesem Heft zu Ende geführten „Russischen Tagebuchs“ von Bregennus. Weiter enthält das Heft fesselnde Ausführungen über „Jüdische Verfestungsparazie“ von Herbert Kette, den sogenannten Yoga, der es vermag, das Unbewusste aus seiner Latenz zu heben und die unterdrückten Wesenheiten des Menschen zu eigenem Leben zu bringen. Ein vielverheißendes Romanfragment „Voreng Lammerdien“ von Emil Strauß und „Hymnen an Deutschland“ von Gertrud von Le Fort bilden den literarischen Teil des Heftes, den künstlerischen Zeichnungen und Holzschritten von Wilhelm Busck, zusammen mit einer Würdigung des tieferen und reineren Wesens des großen Humoristen.

„Farbe und Form“, Monatschrift für Kunst und Kunstgewerbe (Verlag Schule Reimann, Berlin). Heft 4 ist soeben erschienen und weist zum Semesterbeginn auf die Wichtigkeit der „Studie“ hin, als Ausgangspunkt allen künstlerischen Schaffens. Man sieht daher eine Reihe sorgfamer Sachstudien, meist konstruktives Zeichen industrieller Gegenstände in gebrauchsgraphischen Techniken für die zukünftige Praxis. Den Erfolg gründlicher Erarbeitung beweisen die nachfolgenden Bilder vom Sommerstudio der Schule Reimann auf Korsika, deren malerische und zeichnerische Ernte bereits im Frühjahr in einer Ausstellung im „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ in Berlin gezeigt worden ist. Die aufklärende Ansprache von Albert Reimann zur Eröffnung dieser Ausstellung findet man in diesem Heft abgedruckt und erfährt von der pädagogischen Absicht des Instituts, die künstlerische Entwicklung der einzelnen Schüler durch Vermittlung neuer, starker Eindrücke in fremder Natur zu steigern.